

Vier Jahre Große Koalition in Berlin – eine Bilanz. Heute, Teil V: Migration und Integration

Gute Ansätze – die unter dem Druck der Krise stehen

Die Integration von Migranten geht alle an, meint Privatdozent Stefan Luft von der Universität Bremen. Die Herausforderungen seien so enorm, dass die Politik allein das nicht bewirken könne. Gerade Menschen aus betuchteren Stadtvierteln müssten sich stärker einbringen, um die „sozial-räumliche Spaltung“ in den Städten abzufedern. Unser Redakteur Norbert Holst hat mit Stefan Luft gesprochen.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, hat von einer „integrationspolitischen Aufbruchstimmung im ganzen Land“ gesprochen. Hat sie da nicht ein bisschen dick aufgetragen?

Stefan Luft: Es ist schon eine Zäsur, dass die Bundesregierung so plakativ und deutlich das Thema Integration auf ihre politische Tagesordnung gesetzt hat. Das zeigen der Integrationsgipfel und der daraus resultierende Nationale Integrationsplan.

In Stadtteilen wie Walle oder Blumenthal ist in der Regel aber von Aufbruchstimmung herzlich wenig zu spüren...

...das mag sein. Inwieweit sich die Stimmung im ganzen Land niederschlägt – nicht zuletzt in den ethnisch-sozialen Unterschichten-Konzentrationen etwa in Städten im Ruhrgebiet oder in Berlin – hängt jetzt wesentlich davon ab, wie sich die Lage der Kommunen im Zuge der Wirtschaftskrise und deren Folgen darstellt. Mit der Botschaft von Frau Böhmer sind vor allem die politischen Akteure, Stadtverwaltungen und Verbände gemeint. Aber die Handlungsmöglichkeiten sind durch die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen ein, zwei Jahre begrenzt. Arbeitsplätze fallen massenhaft weg, Steuereinnahmen brechen massiv ein. Dem stehen wiederum steigende Ausgaben gegenüber. Die Zuwanderer sind erfahrungsgemäß von solchen Konjunkturschwüngen immer besonders stark betroffen.

Welche Möglichkeiten gibt es, diese Folgen zumindest abzufedern?

Es sind schon verschiedene Initiativen in Gang gebracht worden. Es gab den Bildungsgipfel 2008, der unter anderem beschlossen hat, dass die Bildungsausgaben bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden sollen. Das sind alles sinnvolle Ansätze. Das steht aber jetzt alles in Frage durch die Folgen der Finanzkrise – die noch einmal verstärkt werden durch die jetzt im Grundgesetz festgeschriebene „Schuldenbremse“, die massive Ausgabenrestriktionen zur Folge haben wird. Die Chancen, Integration – sprich Teilhabe am Arbeitsmarkt, am Bildungswesen und so weiter – zu verbessern, stehen von dieser Seite her nicht gut.

Haben Sie ein Beispiel?

Nehmen wir die Bildung. Wir haben in Bremen die Gesamtschule Ost – einen Leuchtturm, der auch in den Medien immer wieder gewürdigt wird. Dahinter steht der Gedanke, dass in sozial schwachen Gebieten besonders gute Schulen angesiedelt sein müssen. In Osterholz-Tenever ist dieser Grundsatz verwirklicht, aber man kann nicht sagen, dass das in Deutschland die Regel ist. Es gibt mancherorts gute Ansätze, etwa wenn die Schülerzahl in den Klassen gesenkt wird. Doch auch das sind Ausgaben, die sich Länder und Kommunen in der nächsten Zeit immer weniger leisten können.

Die Große Koalition hat für Migranten einiges auf den Weg gebracht: Kleinkinder-Förderung, Sprachkurse, Auszubildendenprogramme. Ein richtiger Ansatz?

Die Förderung von Kleinkindern ist sinnvoll. Das gilt gerade für Kinder, die in ihrer

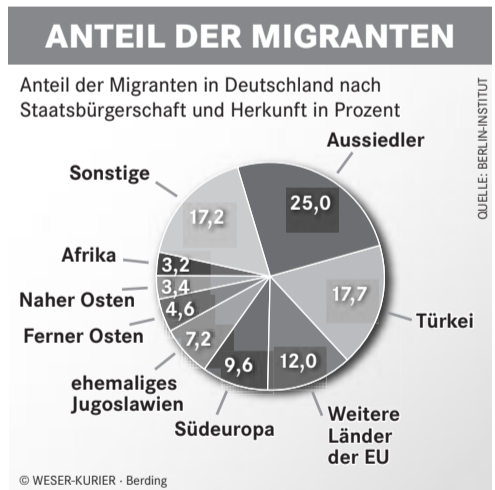


„Schön, dass Sie da sind“, lautete das Motto einer Aktion zur Integration. Migranten bringen zuweilen Probleme mit, aber auch Potenzial. FOTO: DPA

Familie kein förderndes Umfeld haben. Der Kindergartenbesuch erfüllt hinsichtlich Spracherwerb und des Erwerbs kultureller Kompetenzen wichtige Funktionen. Entscheidend sind dabei die Dauer des Kindergartenbesuchs, die ethnisch-soziale Zusammensetzung der Gruppen und die Qualifikation des Personals. Das heißt: Wenn dort ausschließlich die sozial Schwachen und die Kinder mit Migrationshintergrund zusammenkommen, dann werden die Ergebnisse eher unterdurchschnittlich. Es gab aber auch noch andere Initiativen – etwa die Islamkonferenz, die für sehr viel Aufsehen gesorgt hat...

... es gibt aber Stimmen die sagen, da wird nur viel geredet...

... es steckt sehr viel Symbolpolitik drin, das ist schon richtig. Aber Symbolpolitik ist in der Integrationspolitik von zentraler Bedeutung. Das hat auch mit Anerkennung zu tun.



Die zweite Generation der Migranten hat mit der Integration häufig größere Probleme als die Generation ihrer Eltern.

Die zweite Generation befindet sich in einer besonderen Situation. Einerseits ist sie der Erwartung der Eltern, die sich in vielen Fällen mitgebrachten Werten und Traditionen stark verbunden fühlen, ausgesetzt. Andererseits sind diese jungen Menschen den Erwartungen des Aufnahmelandes ausgesetzt. Die Konsequenz: Die zweite Generation hat besondere Konflikte auszustehen. Konflikte sind aber generell für Integrationsprozesse nicht untypisch. Ein Beispiel ist die Zwangsverheiratung: In manchen Regionen besteht der Anspruch der Eltern, zu sagen, die Tochter soll jemanden heiraten, der im Sinne der Familie ist. Doch die Tochter weigert sich und sagt: Dass machen aber meine Freundinnen hier in Deutschland auch nicht. Das ist dann so ein Konflikt – der im Einzelfall sogar tödlich ausgehen kann.

Wie kann die Gesellschaft dazu beitragen, solche Konflikte zu entschärfen?

Man muss sich beispielsweise mit Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen offensiv in der Schule auseinandersetzen. Dann muss in den vorschulischen Einrichtungen und in den Grundschulen stärker als bisher auf die soziale Mischung geachtet werden. Integration kann nicht funktionieren, wenn in Schulen in sozial schwachen Stadtteilen fast nur Kinder mit Migrationshintergrund im Klassenraum sitzen. Man muss stärker als bisher so etwas wie einen „innerstädtischen Lastenausgleich“ schaffen.

Was ist denn das?

Man muss dem sozial starken Teil einer Stadtbevölkerung stärker als bisher bewusst machen, dass auch er eine zentrale

Aufgabe bei der Integration hat. Es reicht eben nicht, die Stadt als Gabentisch zu nutzen: Am Vormittag beim türkischen Gemüsehändler einkaufen, sich mittags mit der polnischen Putzfrau unterhalten und abends zum Italiener Essen gehen. Dann kann ich den Multikulturalismus hochleben lassen. Wenn es aber ans Eingemachte geht, wenn etwa das eigene Kind in eine Schule mit hohem Migrantenanteil gehen soll, dann wird gesagt: Damit will ich nichts zu tun haben. Um es klar zu sagen: Integration ist nicht nur die Aufgabe von Menschen in Gröpelingen, Walle oder Blumenthal. Sie ist auch eine Aufgabe für Menschen, die in Schwachhausen oder Oberneuland leben und über das nötige „Humankapital“ verfügen. Es gibt schon zahlreiche Modelle, wie das passieren kann, zum Beispiel mit Bildungspatenschaften.

Das klingt nach einem sehr langen Weg.

Man muss man aber nicht über Gebühr pessimistisch sein. Man muss realistisch sein und fragen: Wie sind die Rahmenbedingungen? Da sind die Folgen der Wirtschaftskrise. Zudem werden die sozial-räumlichen Spaltungen in den Städten immer stärker, das geht ja auch aus dem Armuts- und Reichtumsbericht für Bremen deutlich hervor. Wir können mittlerweile sagen: In den Stadtteilen, in denen die meisten Ausländer leben, leben auch die meisten Armen und die meisten Kinder. Diese Herausforderungen sind so gravierend, dass die Politik sie gewiss nicht allein durch Integrationsgipfel und nationale Integrationspläne bewältigen kann.

Die unschöne Alternative ist die Parallelgesellschaft.

Die unschöne Alternative ist, dass immer größere Teile der Bevölkerung ausgeschlos-

sen werden. Das hat dann aber Konsequenzen für uns alle. Wir sind ein rohstoffarmes Land, dass allein auf den Rohstoff Geist aufbauen kann, auf seine Kreativität, auf seine Ausbildungssysteme. Wir sind in naher Zukunft – und nicht erst in zwanzig Jahren – sehr viel stärker darauf angewiesen, dass wir Studierende aus den sozial schwachen Schichten rekrutieren. Und zu denen gehören in hohem Maße Zuwanderer.

Sie beschreiben dramatische Entwicklungen. Dennoch spielt das Thema im Wahlkampf eher eine untergeordnete Rolle.

Vermutlich hat es damit zu tun, dass sich die Parteien angenähert haben. Sie haben erkannt, dass sie auf Dauer mit Polarisierungsstrategien oder – wie früher bei den Grünen – mit Umarmungsstrategien nicht weiterkommen.

Welche Unterschiede gibt es zwischen den Parteien?

Einmal die Frage der Staatsangehörigkeit. Die Frage, ob das Optionsmodell aufrecht erhalten werden soll oder nicht. Ein Kind von Ausländern, das hier geboren wurde, erhält mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr muss sich die Person dann entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten will oder die andere. Wenn sich dieser junge Mensch für die andere Staatsbürgerschaft entscheidet, verliert er die deutsche. Die linken Parteien wollen diese Optionspflicht fallenlassen, so dass grundsätzlich die doppelte Staatsangehörigkeit hingenommen wird. Die Unionsparteien und die FDP sind für die Beibehaltung. Die zweite Frage ist, ob man beim Nachzug von Ehegatten den Spracherwerb im Herkunftsland verlangen darf. Das ist eine Bestimmung aus der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes aus dem Jahr 2007. Sie ist für die Integration von erheblicher Bedeutung. Und natürlich ist ein drittes Thema mit großem Einfluss auf die Integrationspolitik, wie man mit einem möglichen Beitritt der Türkei zur EU umgeht und der daraus resultierenden Niederlassungsfreiheit. SPD und Grüne sind dafür, CDU und FDP ziehen eine enge Kooperation ohne Vollmitgliedschaft vor.

Was muss Ziel der Integrationspolitik sein?

Ziel muss sein, dass beispielsweise die türkische Gruppe eines Tages nicht mehr eine vergleichsweise stabile ethnisch-soziale Unterschicht bildet. Der türkische Hintergrund würde dann nicht mehr für eine statistische Wahrscheinlichkeit stehen, dass man zur Unterschicht gehört. Wenn das gelingt, werden sich diese Menschen auch zunehmend mit diesem Land identifizieren. Das sehe ich bei vielen Studenten mit Migrationshintergrund. Sie haben sich erfolgreich nach oben gearbeitet und werden respektiert.

ZUR PERSON



Stefan Luft

Dr. Stefan Luft, geboren 1961, ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Von 1995 bis 1999 war er Sprecher des Bremer Senats für Inneres, von 1999 bis 2004 stellvertretender Sprecher des Senats. Er ist Autor des Buches „Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise“. 2008 habilitierte er sich mit einer Arbeit zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration. Sie erscheint in diesem Monat unter dem Titel „Staat und Migration“ im Campus-Verlag.



Vorbilder für Integration: Fatih Akin (oben) holt für Deutschland internationale Filmpreise. Kanzlerin Angela Merkel singt mit neu Eingebürgerten die Nationalhymne (unten). FOTOS: DPA



Die Aydins, Üslüs & Co. sind noch lange nicht integriert

Von Norbert Holst

Bremen. Es ist ein langer Weg. Für die Integration von Migranten hat die Große Koalition etliche Initiativen angestoßen, hat damit keine Kehrtwende zur Politik der rot-grünen Vorgänger-Regierung gemacht. Doch zeigen etliche aktuelle Studien, dass es bis zu einer echten Integration nicht nur ein langer, sondern auch ein dornenreicher Weg ist. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Es hat Jahrzehnte gedauert, bis im Ruhrgebiet aus den Kowalskis und Schimanskis Deutsche geworden sind.

Die Diskussion der vergangenen Jahre hat zumindest eines bewirkt: Es wird sachlicher über Migration, Ausländer und Einbürgerung geredet als noch vor Jahren. Vor allem wird nicht mehr übereinander, sondern miteinander gesprochen. Vorbei scheint die Zeit, dass die grüne Idee vom Doppelpass die gesamte Nation erregte und Roland Koch in Hessen zur Macht verhalf, oder Jürgen Rüttgers mit Sprüchen wie „Kinder statt Inder“ in Nordrhein-Westfalen beim Wahlvolk zu punkten versuchte. Auf der anderen Seite ist die zuweilen naive Schwärmerei für eine Multikulti-Gesellschaft auf breiter Front einer realistischeren Sicht gewichen. Allenthalben ist es mittlerweile politisches Allgemeinut, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – und sich dieser Herausforderung stellen muss. „Ein Einwanderungsland muss ein Meister im Konfliktma-

nagement sein“, hat die Bremer Bundestags- Abgeordnete und ehemalige Ausländerbeauftragte Marieluise Beck (Grüne) vor einiger Zeit in dieser Zeitung geschrieben. Und tatsächlich ist die Herausforderung groß: Laut einer zu Jahresbeginn veröffentlichten Studie des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen, die aus anderen Ländern kommen beziehungsweise deren Nachkommen hier geboren worden sind. Fast jeder fünfte Mensch in Deutschland hat damit einen Migrationshintergrund.

„Ein großer Teil der Migranten ist unzureichend integriert“, laut das Fazit der Studie. Und konkret: „Zugewanderte sind im Durchschnitt schlechter gebildet, häufiger arbeitslos und nehmen weniger am öffentlichen Leben teil als die Einheimischen.“ Schlimmstenfalls igeln sie sich mit Landsleuten regelrecht ein, bilden eine Art Parallelgesellschaft – mit eigenen Regeln und Ritualen. Dabei ist es unzutreffend, von „den Ausländern“ zu sprechen: Fast die Hälfte der Migranten besitzt einen deutschen Pass – es sind Deutsche mit ausländischen Wurzeln. Schaut man sich den Stand der Integration nach Herkunftsländern an, so gibt es laut Berlin-Institut „in allen Gruppen ein weites Spektrum an gut und schlecht integrierten“. Doch gibt es klare Unterschiede: Südeuropäer und Aussiedler sind aus wissenschaftlicher Sicht weitgehend gut integriert,

schlechter sieht es bei Menschen vom Balkan, Afrikanern und bei Türken aus. Erschreckend und gewissermaßen eine Bankrotterklärung früherer Ausländerpolitik: Die zweite Generation, bereits in Deutschland geboren, ist hinsichtlich Bildung und Chancen auf dem Arbeitsmarkt keineswegs besser dran als die erste.

Das soll sich ändern. Die Große Koalition hat ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt. Sprach- und Integrationskurse, bilinguale Kindergärten, Programme wie „Jobstarter“ für Jugendliche oder die Initiative „Soziale Stadt“ sollen die Bildung und die Chancen von Migranten und ihren Kindern verbessern. Maria Böhmer, die Beauftragte der Bundesregierung, spricht bereits von einer „integrationspolitischen Aufbruchstimmung im ganzen Land“.

Doch das scheint eine arg optimistische Einschätzung zu sein. Es gibt noch immer viele Problemfelder. Ein großes Problem hat die vor rund einem Jahr veröffentlichte Studie „Brain Waste“ („Verschwendung von Gehirn“) von Martina Müller und Bettina Englmann aufgezeigt: Hierzulande leben rund 500.000 gut qualifizierte Zuwanderer, deren berufliche Abschlüsse nicht anerkannt werden. Die Folge: Ehemalige Chefärzte arbeiten als Altenpfleger, frühere Ingenieure verdingen sich als Hausmeister – deutsche Bürokratie verhindert, dass trotz drohenden Fachkräftemangels ein hohes Potenzial an Qualifikation vergeudet wird.

Ein zweites Problemfeld ist die Einbürgerung. Nach langer politischer Debatte wurde die Hürden dafür vergleichsweise hoch gelegt. Das führte dazu, dass die Zahl der Einbürgerungen 2008 im Vergleich zum Vorjahr glatt um 15 Prozent geschrumpft ist. Dabei stellen die Forscher vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ganz klar fest: „Generell integrieren sich Eingebürgerte besser als Ausländer.“ Dies gelte in besonders starkem Maße für die Türken.

Nicht zuletzt könnten auch Prominente mit Migrationshintergrund dazu beitragen, dass die Barriere „wir Deutsche, ihr Ausländer“ langfristig aus den Köpfen verschwindet. Es ist doch längst normal, dass Fußballer wie Miroslav Klose oder Mesut Özil für Deutschland Tore schießen. Oder dass Regisseur Fatih Akin („Gegen die Wand“) internationale Filmpreise für Deutschland gewinnt. Oder dass der Hamburger Fluganbieter Vural Öger zeigt, dass auch ein Ausländer in Deutschland zur Unternehmerkarriere starten kann.

Als Barack Obama zum US-Präsidenten gewählt worden ist, haben viele Afro-Amerikaner mit Tränen in ihren Augen gesagt, erst jetzt seien sie wirklich in ihrem Land angekommen. Die Aydins, Üslüs und all die anderen kommen hoffentlich früher in Deutschland an – und nicht erst, wenn eines fernem Tages vielleicht ein Deutsch-Türke zum Bundeskanzler gewählt werden sollte.